

Angelika Glöckner

Bundestagsabgeordnete für die Südwestpfalz



Newsletter Juli/2020

Liebe Leserin, lieber Leser,

In den zurückliegenden Monaten hat sich unser Alltag durch die Corona-Pandemie massiv verändert. Telefon- und Videoschalten haben viele persönliche Treffen ersetzt. Die Regierung hatte in den Notfallmodus umgestellt. Ein Gesetzesentwurf nach dem anderen passierte im Eiltempo den Bundestag, um die Folgen der Corona-Krise für die Menschen und die Wirtschaft soweit als möglich zu mildern.

In meinen zahlreichen telefonischen Bürgersprechstunden konnte ich den ein oder anderen hilfreichen Hinweis geben. Vielfach war es aber auch sehr nützlich, in direkten Telefonschalten mit unseren Bundes- und Landesministerien sowie anderen Landtags- und Bundestagsabgeordneten auf kürzestem Weg wichtige Informationen weiterzugeben, damit die Hilfe auch tatsächlich und effektiv ankam.

Vor allem unsere ausgeprägten sozialen Sicherungssysteme, wie etwa das Kurzarbeitergeld, haben sich in dieser schweren Krise bewährt. „Ich bin froh, dass ich in Deutschland lebe,“ war ein Satz, den ich sehr häufig gehört habe in den letzten Wochen. Neben zahlreichen Lockerungsmaßnahmen wurde zwischenzeitlich ein umfangreiches Konjunkturpaket auf den Weg gebracht. Einige Punkte will ich an dieser Stelle aufgreifen.

Viel Spaß bei der Lektüre

Ihre

V.i. S. d. P. Angelika Glöckner, MdB
Wahlkreisbüro: Alleestr. 60, 66953 Pirmasens
Tel: 06331/7193259 Fax: 06331/7190379

Berliner Büro:
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 /227 77432 Fax: 030 227-76444



Inhalte:

- **Neue Kommunikations- und Arbeitsweisen durch Corona**
- **Altschuldenschnitt: SPD kämpft weiter**
- **Statt Kaufprämie mehr Investitionen in Klimaschutz**
- **Fleischskandale zeigen: Werkverträge müssen weg**
- **Abgeordnete und Kommunalpolitiker machen Druck: Grenzen wieder offen**



Email: angelika.gloeckner@bundestag.de
Website: angelika-gloeckner.info

Neue Kommunikations- und Arbeitsweisen durch Corona

Während der Corona-Pandemie haben auch mein Mitarbeiterteam und ich uns ins Home-Office zurückgezogen. Und es hat gut funktioniert. Unzählige Telefon- und Videoschalten sowie telefonische Bürgersprechstunden statt persönlicher Gespräche haben wichtige Kontakte und Kommunikation auch während der Krise aufrechterhalten, mit vielen Vorteilen:

- Weniger CO2-produzierende und zeitaufwendige Fahrten zur Arbeit
- mehr internationale, kostengünstigere Kommunikationsformen mit Abgeordneten in europäischen Mitgliedstaaten
- schnelle und effektive Austausch- und Informationsmöglichkeiten
- attraktive Arbeitsmethoden für Beschäftigte

Auch die telefonischen Bürgersprechstunden wurden sehr gut von der Bevölkerung angenommen.

Es liegt auf der Hand, dass sich einige dieser Arbeitsmethoden nicht nur in meinem Abgeordnetenbüro, sondern auch bei Behörden und Unternehmen in Zukunft etablieren werden. Sicher ist aber auch, dass sie das persönliche Gespräch nicht ersetzen können sondern nur ergänzen.

Altschuldenschnitt: SPD kämpft weiter

Im Konjunkturpaket ist es uns gelungen, die Kommunen deutlich zu entlasten, sodass die Folgen der Corona-Pandemie unsere Städte und Gemeinden nicht über Gebühr belasten.

- So wird der Bund 50 Prozent der Gewerbesteuerausfälle für die Kommunen ausgleichen. Das ist wichtig, damit die bereits geplanten und notwendigen Projekte vor Ort auch umgesetzt werden können, ohne dass es die Gemeindekassen in den Ruin treibt. Dankenswerterweise hat sich das Land Rheinland-Pfalz bereit erklärt, die andere Hälfte der kommunalen Gewerbesteuerausfälle auszugleichen. Damit entsteht den rheinland-pfälzischen Städten und Gemeinden kein Einnahmeausfall bei der Gewerbesteuer.
- Künftig übernimmt der Bund 75 statt bisher 50 % der Unterbringungskosten von Hartz IV-Empfängern.
- Außerdem wurden Gelder beispielsweise für den Ausbau der Kitas und des ÖPNV bereitgestellt.

Nach wie vor fehlt ein ganz wichtiger Baustein: der Altschuldenschnitt, für die am meisten verschuldeten Kommunen, darunter auch Pirmasens, Zweibrücken oder Kaiserslautern. Hier haben sich CDU und CSU schlichtweg unsolidarisch gezeigt und geweigert, die Schulden einmalig zugunsten der am höchstverschuldeten Kommunen zu erlassen. Das gleiche Bild zeigt sich auch bei allen rheinland-pfälzischen Landtags- und Bundestagesabgeordneten der CDU. Niemand hat sich bisher öffentlich für einen einmaligen Schuldenschnitt ausgesprochen – ein Armutszeugnis. Doch **wir als SPD-Bundestagsfraktion werden nicht locker lassen**, zumal der Altschuldenabbau im Koalitionsvertrag steht und nicht zuletzt die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse sogar in unserem Grundgesetz vorgegeben ist. Ich werde weiterhin alles daran setzen, damit der Altschuldenschnitt, wie von SPD-Bundesfinanzminister Olaf Scholz vorgeschlagen, kommt. Für unsere Städte wäre dies ein Segen zur rechten Zeit.



Persönliche Kontakte und Gesprächsrunden sind von großer Bedeutung für meine politische Arbeit



Homeoffice, telefonische Bürgersprechstunden und Videoschalten haben während des Lockdowns enorm an Bedeutung gewonnen



Städte und Kommunen brauchen mehr finanzielle Unterstützung vom Bund, für eine ordentliche Lebensqualität...



...zur Finanzierung ihrer Schwimmbäder, Theater, Denkmäler und vielem mehr



Statt Kaufprämie mehr Investitionen in Klimaschutz

Beim Konjunkturpaket gab es Kritik seitens der IG-Metall. Die hätten sich als Maßnahme zur Konjunkturbelebung eine **Abwrackprämie**, ähnlich wie 2008 in der Finanzkrise, gewünscht. Aus Sicht der SPD **hätte** dieser Vorschlag **auf lange Sicht nicht viel gebracht**. Viele Menschen sorgen sich derzeit um ihre Zukunft und sind eher geneigt, sich mit teuren Anschaffungen zurückzuhalten. Viele sind auch verunsichert, ob es sich aktuell überhaupt noch lohnt, einen teuren Diesel oder Benzin zu kaufen und warten ab, ob es nicht günstiger ist, früher oder später auf Elektromobilität umzusteigen. Auch ich vertrete nach vielen Bürgersprachen die Meinung, dass die Autoindustrie zu spät auf neue Technologien gesetzt hat. Diesem falschen Weg darf die Politik nun nicht auch noch folgen und alte Technologien mit vielen Steuergeldern subventionieren.

Stattdessen haben wir uns dafür entschieden, einerseits den Kauf von klimafreundlicheren Elektroautos zu fördern, gleichzeitig aber auch **massiv in die Wasserstoff-Forschung zu investieren**. Wir geben der Industrie und Forschung nun mehr Geld in die Hand, um den Energieträger Wasserstoff marktreif und massentauglich zu machen. Deutschland soll und wird hier weltweit die Nummer eins bei dieser Technologie werden. Wir müssen **jetzt in zukunftsweisende Technologien investieren**, damit der Automobilstandort Deutschland auch über die Krise hinaus attraktiv bleibt. Bis spätestens 2040 sollen Elektrolyse-Kapazitäten von zehn Gigawatt aufgebaut werden. Dies entspricht der Leistung von zehn Atomkraftwerksblöcken. Gleichzeitig geht es dabei darum, den sogenannten „grünen Wasserstoff“ voranzubringen, also Wasserstoff, der nachhaltig gewonnen wird. Das ist der richtige Weg für mehr **Klimaschutz** und **wird langfristig Arbeitsplätze sichern und schaffen**.

Mit der Übertragung von Abstandsregeln für Windkraftanlagen vom Bund auf die Länder, haben wir **mehr Möglichkeiten zum Ausbau der Windkraft** geschaffen. **Auf Drängen der SPD wurde der Solardeckel abgeschafft**. Damit gibt es mehr Sicherheit für Verbraucher und Industrie sowie für mehr Investitionen in klimafreundliche Solarenergie. Das Konzept sieht dafür zusätzliche Mittel von neun Milliarden Euro vor. Wenn dies gelingt, wird das sowohl der Automobilindustrie als auch uns allen deutlich mehr bringen als irgendeine Abwrackprämie es jemals gekonnt hätte.

Mit dem Kohleausstiegsgesetz haben wir einen weiteren wichtigen Meilenstein für weniger CO₂-Ausstoß gesetzt. Wir haben uns zum **Ausstieg aus der Kohleenergie bis spätestens zum Jahr 2038** verpflichtet. Deutschland nimmt damit als einziges Land den Ausstieg aus der Atom- als auch aus der Kohlekraft in Angriff.

Damit ist klar: **In Sachen Klimaschutz ist Deutschland auf dem richtigen Weg. Die SPD sorgt dafür, dass er sozialverträglich gestaltet wird und niemand auf der Strecke bleibt.**

Fleischskandale zeigen: Werkverträge müssen weg

Menschen, die für einen Hungerlohn hart arbeiten, Menschen, die in schäbigen Massenunterkünften leben, Menschen, die dafür noch an ihren Arbeitgeber und dessen Geschäftsfreunde mehrere Hundert Euro im Monat an Miete zahlen. Was sich anhört wie die Beschreibung aus anderen Zeiten oder anderen Ländern, ist - das wissen wir nicht erst seit dem Tönnies-Skandal - traurige Realität in Deutschland. Die SPD-Bundestagsfraktion und ihre Arbeitsminister (Andrea Nahles von 2013 bis September 2017 und Hubertus Heil seit 2018) sind seit Jahren dabei, diese Missstände Schritt für Schritt abzustellen.

Die Corona-Pandemie hat deutlich gezeigt: Hier muss mehr passieren und zwar schnell. **Wir wollen Werkverträge** und die damit einhergehenden Zustände für die Beschäftigten **abschaffen**. Als SPD-Abgeordnete unterstütze ich die Pläne von SPD-Minister Hubertus Heil aus tiefster Überzeugung. CDU/CSU haben ihre bisherige Blockade aufgegeben und wollen den Minister ebenfalls unterstützen. Sie stehen hier im Wort. **Wir werden sie an ihren Taten messen.**



Statt Kaufprämie für Benzin- und Dieselmotoren Wasserstoff und Elektromobilität fördern



Solardeckel abgeschafft für klimafreundliche Solarenergie



Abstandsregeln für Windkraftanlagen in Länderhand



Im Gespräch mit Klimaschutzern in der Zweibrücker Fußgängerzone



Die SPD kämpft für bessere Zustände für Beschäftigte in der Fleischindustrie

Abgeordnete und Kommunalpolitiker machen Druck – die Grenzen sind wieder offen

Als Mitglied der Deutsch-Französischen Parlamentsversammlung, als Mitglied des Europaausschusses im Bundestag, als Volksvertreterin einer Grenzregion und nicht zuletzt als überzeugte Europäerin hat es mir besonders weh getan, als im Zuge der Pandemie die Grenzen zu unseren Freunden und Nachbarn geschlossen wurden. Das war anfangs, wegen des Infektionsgeschehens auf beiden Seiten der Grenze, sicherlich ein richtiger Schritt.

Doch schnell hat sich das Geschehen hüben wie drüben beruhigt – aber die Grenzen blieben zu. Ich habe gemeinsam mit meinen Abgeordnetenkolleginnen und –kollegen interveniert – mit Erfolg. Die beiden Parlamentspräsidenten Dr. Wolfgang Schäuble und Richard Ferrand haben eine Sondersitzung einberufen. Dabei haben deutsche und französische Abgeordnete gemeinsam den beiden Innenministern Horst Seehofer und Christophe Castaner unseren Unmut über die andauernde Grenzsicherungen aufgezeigt. In einem zweistündigen, intensiven Dialog, ist es mir gelungen, auf die südwestpfälzischen problematischen Auswirkungen durch die Grenzsicherungen für die persönlichen und nachbarschaftlichen Beziehungen hinzuweisen. Auch die wirtschaftlichen Folgen infolge der fehlenden Kaufkraft wurden thematisiert. Die Innenminister gaben sich zunächst unnachgiebig. **Aber wir Abgeordnete sind uns einig, dass am Ende der Druck aus den Grenzregionen und den Parlamenten zu einer raschen und vollständigen Grenzöffnung geführt hat.**

Ich wünsche Ihnen...

Schöne erholsame Ferien, egal ob zu Hause oder an einem entfernten Urlaubsort. Nachdem uns die Pandemie im Frühjahr überrannt hat, haben wir eine kleine Verschnaufpause verdient und auch dringend nötig. In der sitzungsfreien Zeit werde ich – wie immer – den Sommer intensiv dazu nutzen, um mit möglichst vielen Menschen in der Region ins Gespräch zu kommen – natürlich mit dem gebotenen Abstand.



Treffen mit deutschen und französischen Bürgermeistern an der deutsch-französischen Grenze in Kröppen.



Finanzminister Olaf Scholz (SPD) bei der Vorstellung des Corona-Konjunktur-Pakets im Bundestag



Blumengruß aus dem eigenen Garten